Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises, Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 198 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 25. August 1933

Die Gemeinde im neuen Staat.

In der politischen, geistigen und seelischen Erneuerung des deutschen Volkes spielen die Gemeinden und Gemeindeverbände eine bedeutsame Rolle. Da die Demokratie den Drang zur stärksten Zentralisation hat, ist es kein Wunder, wenn die kommunale Selbstverwaltung in den letzten 14 Jahren systematisch vernichtet worden ist oder Formen angenommen hat, die mit ihrer ursprünglichen Idee unvereinbar sind. Der demokratisch-marxistische Staat der Nachkriegszeit ist nicht zuletzt deshalb zusammengebrochen, weil er die Selbstverantwortlichkeit der Gemeinden und Gemeindeverbände bis zur Vernichtung ausgehöhlt hat, ohne seinerseits eine straffe einheitliche Staatsgewalt zu besitzen. Bei dem Aufbau des nationalsozialistischen Staates muß daher den Gemeinden und Gemeindeverbänden wieder ihr naturgegebener Platz eingeräumt werden. Der völkische Staatsgedanke verlangt eine starke Staatsgewalt, darunter aber eine ausgeprägte Dezentralisation, eine weitgehende Gliederung, die die besonderen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse aller Reichsteile zur vollen Entfaltung kommen läßt.

Diese Gedanken entwickelt in den neuesten Ausgaben der Organe des Deutschen Gemeindetages, dem „Gemeindetag" und der „Landgemeinde", der Geschäftsführer des Deutschen Gemeindetages, Dr. Kurt Jeserich. Wenn der nationalsozialistische Staat dem naturgegebenen Aufbau Deutschlands entsprechen soll, so müssen unter einer starken Staatsgewalt lebenskräftige Gemeinden und Gemeindeverbände stehen, die ihrerseits nach dem Führerprinzip organisiert alle eigenen Aufgaben unter voller Selbstverantwortung durchzuführen haben. Eigene Entschlußfähigkeit muß ihnen soweit zugestanden werden, wie dies im Interesse einer einheitlichen Staatsführung möglich ist. Aus diesen Grundgedanken heraus entwickelt Dr. Jeserich eine Reihe von Leitsätzen über die Stellung der Gemeinde im nationalsozialistischen Staat, die auch deswegen besondere Beachtung verdienen, weil die Führung des Deutschen Gemeindetages, dessen Gedankenzüge Dr. Jeserich entwickelt, bei Oberbürgermeister Fiehler-München liegt, der gleichzeitig als Mitglied der Reichsleitung der NSDAP. die kommunalpolitischen Richtlinien der Partei bestimmt:

1. Die nationalsozialistische Staatsidee verwirklicht den völkischen, in seinem Wesen urdeutschen Gedanken der Schaffung einer starken Staatsgewalt auf der Grundlage des Führerprinzips bei gleichzeitig weitgehender Dezentralisation.

2. Der Staat lehnt sich in seiner Verwaltungsorganisation an die natürliche soziale Gliederung des Volkes an und bildet die Gemeinden und Gemeindeverbände zu selbstverantwortlichen kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und stammesmäßigen Einheiten aus.

3. Die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Wesensart der deutschen Stämme findet ihren verwaltungspolitischen Ausdruck in der Einräumung einer mit dem autoritären Staatsgedanken durchaus zu vereinbarenden Selbständigkeit zugunsten der Gemeinden und Gemeindeverbände. Der nationalsozialistische Staat wird von einem einheitlichen Willen beherrscht, aber in ihm ist auch Platz für die neues Leben erzeugende Tätigkeit seiner Gliederorganismen, der Gemeinden und Gemeindeverbände.

4. Die Gemeinden und Gemeindeverbände entscheiden in abgeleiteter Zuständigkeit alle die Fragen unter eigener Verantwortung, die nicht von unmittelbarem Staatsinteresse sind, vielmehr örtlichen Charakter tragen und aus der Tatsache der nachbarlichen Verbundenheit der Gemeindemitglieder erwachsen.

5. Die Gemeinden und Gemeindeverbände werden von Führern, die das volle Vertrauen der Staatsführung besitzen, unter Heranziehung von Vertretern der Bevölkerung mit beratender Stimme verwaltet. Die Vertreter der Bevölkerung werden zum Teil auf berufsständischer Grundlage ausgewählt.

6. Die Berufsstände erfahren in der Gemeinde ihre erste horizontale Verbindung. Die Gemeinde dient dem Interessenausgleich aller Wirtschafts- und Berufszweige unter dem Gesichtspunkt der örtlichen Schicksalsgemeinschaft, zugleich damit der Verbundenheit der Einzelgemeinden mit dem Volksganzen.

Aus diesen Grundsätzen ergibt sich eindeutig die Stellung der Gemeinden im nationalsozialistischen Staat; sie sind dienende, sich dem Volksganzen jederzeit einordnende Glieder dieses Staates, die im Rahmen der durch die Staatsführung gezogenen Grenzen auf der Grundlage der Selbstverwaltung und freien Initiative ihre Tätigkeit auf allen Gebieten des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens fortentwickeln und zur höchsten Entfaltung bringen, immer unter dem Gesichtspunkt der durch die besonderen Verhältnisse ihres Gebietes gegebenen Eigenarten.

Gebt reichlich für die Opfer der Arbeit

Für 25 Millionen neue Arbeiten.

In der letzten Kreditausschußsitzung der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, A.-G., wurden, wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, im Arbeitsbeschaffungsprogramm vom 1. Juni 1933 weitere Darlehensanträge im Betrage von rund 25 Millionen Mark bewilligt.

Davon entfallen 4 Millionen Mark auf den Weiterbau des Mittellandkanals und weitere 2,2 Millionen Mark auf Inangriffnahme der Arbeiten am Elster-Saale-Kanal (Südflügel des Mittellandkanals). Der Freien und Hansestadt Hamburg wurden für Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden weitere 800 000 Mark bewilligt, der Freien und Hansestadt Bremen für mehrere Maßnahmen rund 1,8 Millionen Mark. Auf das Land Sachsen entfallen Darlehen in Höhe von 5,4 Millionen Mark, davon erhalten die Dresdener Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 2,2 Millionen Mark und die Stadt Leipzig rund 1,8 Millionen Mark. An größeren Darlehen wurden weiterhin für Städte der Provinz Sachsen rund 2 Millionen, für die Brücke bei Krefeld-Ürdingen rund 1,8 Millionen, für das Gebiet des Landes Baden rund 2,2 Millionen und für Thüringen rund 600 000 Mark bewilligt.

Netzekreis frei von Arbeitslosen.

Ein schöner Erfolg der Grenzmark.

Durch den unermüdlichen Einsatz der verantwortlichen Stellen ist Donnerstag mittag der Netzekreis (Grenzmark Posen-Westpreußen) von Arbeitslosen vollkommen frei geworden. Die Arbeitslosen haben in der Landwirtschaft, bei Meliorationsarbeiten, Straßenbauten u. a. Arbeit gefunden.

Großzügiges Siedlungswerk wird durch die Arbeitsfront in Angriff genommen.

Tagung des Kleinen Arbeitskonvents.

Wie das Propagandaamt der Deutschen Arbeitsfront mitteilt, trat unter dem Vorsitz des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Staatsrat Dr. R. Ley, in Berlin der Kleine Arbeitskonvent der Deutschen Arbeitsfront zu einer Tagung zusammen.

Von der umfangreichen Tagesordnung wurde besonders eingehend das Problem der Konsumvereine behandelt und die notwendigen Maßnahmen für die Umgestaltung der Konsumvereine erörtert. Das soziale Problem wurde eingehend durchberaten. Es wurde vollstes Einvernehmen über die einzuschlagende Linie erzielt und die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Behörden und den Stellen der Deutschen Arbeitsfront festgestellt. Eingehend wurde die am 15. September beginnende große Propaganda- und Werbeaktion der Deutschen Arbeitsfront besprochen.

Dr. Ley machte Mitteilung, daß die Deutsche Arbeitsfront auch ihrerseits mit aller Kraft am deutschen Arbeitsprogramm tätig mithelfen will. Als eine der ersten positiven Aufgaben in diesem Sinne wird die Arbeitsfront in enger Verbindung mit den zuständigen amtlichen Stellen ein großartiges und großzügiges Siedlungswerk in Angriff nehmen.

Als außerordentlich erfreulich wurde es bezeichnet, daß es dem Organ der Deutschen Arbeitsfront, der Tageszeitung „Der Deutsche", gelungen sei, schon in kürzester Zeit maßgeblichen Einfluß zu gewinnen und sich zu dem beliebten Blatt des schaffenden deutschen Menschen zu gestalten. Die halbmonatliche Zeitschrift der NSBO., das „Arbeitertum", marschiert an der Spitze aller Zeitschriften der Welt mit der größten Auflage.

Die Frage der Versicherungen bzw. der Reform der Versicherungen stand zur Erörterung. Ein Arbeitsausschuß wird die entsprechenden Arbeiten in Kürze so weit fertigstellen, daß mit einer baldigen endgültigen Regelung gerechnet werden kann. Eindeutig wurden

die Aufgaben der einzelnen Verbände

und Abteilungen der Deutschen Arbeitsfront von Dr. Ley bestimmt. Während die Deutsche Arbeitsfront als Organisation aller schaffenden Menschen über die politische Linie in weitestem Sinne wacht, erledigen die Verbände die weltanschaulichen Arbeiten, und die NSBO. bildet das Rückgrat der Deutschen Arbeitsfront und das Reservoir für den Führernachwuchs. Weiter hat die NSBO. große erzieherische Aufgaben zu erledigen.

Zum Schluß der arbeitsreichen Tagung wurde bestimmt, daß am 2. Mai jeden Jahres der Große Arbeitskongreß zusammentritt, während halbjährlich eine Sitzung des Großen Arbeitskonvents stattfindet. Die nächste Sitzung des Großen Arbeitskonvents wird nach Beendigung der Propaganda-Aktion am Ende dieses Jahres stattfinden.

Das Herbstprogramm der Deutschen Arbeitsfront.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront besichtigt die deutschen Betriebe.

Wie der „Zeitungsdienst" meldet, wird nach der gewaltigen Versammlungswelle, die die Deutsche Arbeitsfront in den letzten Monaten durchführte und die Millionen und aber Millionen deutscher schaffender Menschen Gelegenheit gab, ihren Willen zur tätigen Mitarbeit am Aufbauwerk des Nationalsozialismus und seines Führers Adolf Hitler zu bekunden, die Deutsche Arbeitsfront Mitte September mit ihrer Herbstaktion beginnen.

Das Schwergewicht der Propaganda wird diesmal auf die Betriebe gelegt werden. Es ist, wie wir hören, daran gedacht, in Betriebsversammlungen die deutschen schaffenden Menschen tiefer in das Gedankengut des Nationalsozialismus einzuführen und die speziellen Aufgaben der Deutschen Arbeitsfront klarzulegen.

Vorträge über die Aufgaben der Deutschen Arbeitsfront, über den ständischen Aufbau, über die nationalsozialistische Weltanschauung werden diesem Zwecke dienen.

Außerdem wird der Führer der Deutschen Arbeitsfront und Stabsleiter der Politischen Organisation der NSDAP., Dr. R. Ley, mit dem Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter, Walter Schuhmann, ab Mitte September zahlreiche Betriebe im ganzen Reich besichtigen, um sich an den Stätten der Arbeit von der Lage des schaffenden deutschen Menschen zu überzeugen. Der Führer der Deutschen Arbeitsfront wird bei dieser Gelegenheit zu den Betriebsangehörigen sprechen.

Das Ziel der Aktion ist klar umrissen: Auch der letzte deutsche Arbeiter soll über Wesen und Wollen des Nationalsozialismus unterrichtet werden und, wie es Aufgabe der Deutschen Arbeitsfront ist, zu einem freudigen Mitkämpfer und Mitarbeiter am großen deutschen Aufbau- und Erneuerungswerk erzogen werden.

Ferner wird die Deutsche Arbeitsfront alles daransetzen, um dem arbeitenden Menschen für die Freizeit die Möglichkeit zu schaffen, sich weiterzubilden, sich zu erholen und in der Freizeit für die harte Arbeit für Deutschlands Aufstieg neue Kräfte zu holen. Entsprechende Pläne werden zur Zeit ausgearbeitet, so daß mit ihrer baldigen Inangriffnahme gerechnet werden kann.

Von München nach Salzburg.

Führt die zweite Reichsautobahn.

Der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Dipl.-Ing. Dr. Todt, hat bestimmt, daß als zweite Strecke des geplanten Reichsautobahnnetzes die Straße von München nach Salzburg zur Ausführung kommen soll.

Während die Ingenieure zwischen Frankfurt und Mannheim die letzten Vermessungen durchführen und während für diese rund 100 Kilometer lange Straße der Grunderwerb zu Ende geführt und die Bauwerke entworfen werden, ist jetzt in Bayern die Linienführung für die zweite deutsche Reichsautobahn München—Salzburg in einer Länge von rund 120 Kilometer projektiert worden. Der Reichskanzler hat die maßgebende Entscheidung über die zu wählende Linie selbst getroffen.

Die Strecke verläuft

von München in der Richtung nach Rosenheim und von dort an dem bisher nur sehr wenig erschlossenen Südufer des Chiemsees entlang über Siegsdorf nach Salzburg. Bei der Auswahl der Linie, die zunächst in Richtung auf die Bayerischen Alpen und dann an diesen entlang führt, wurde besonderer Wert darauf gelegt, die Streckenführung so zu wählen, daß die landschaftlichen Schönheiten des bayerischen Landes voll zur Geltung kommen.

Die Straße erschließt das deutsche Alpengebiet zwischen Isar, Inn und Salzach. Sie wird den Auftakt bedeuten zu einer vom Führer geplanten großzügigen Erschließung des gesamten deutschen Alpenlandes, die besonders für unseren deutschen Fremdenverkehr von ganz außerordentlicher Bedeutung sein wird.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF